

Wahlprüfsteine Queeres Netzwerk Sachsen

7. Verbesserung der Gesundheitsversorgung von queeren Menschen

Wie werden Sie einen sensiblen und qualifizierten Umgang mit Lsbtiq* Personen durch das medizinische und Gesundheitspersonal, Kranken- und Pflegekassen, Einrichtungen der Gesundheitsförderung und -prävention sicherstellen und damit Zugangshürden und Versorgungslücken für diese Menschen abbauen?

Bündnis 90/Die Grünen

Wir setzen uns für eine umfassende Gesundheitspolitik ein, die Prävention, Klima- und Hitzeschutz sowie eine bessere flächendeckende medizinische Versorgung der gesamten Bevölkerung, unabhängig von Geschlecht oder Geschlechtsidentität, in den Mittelpunkt stellt. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen Qualitätsstandards im Gesundheitswesen etablieren, die eine geschlechtersensible Medizin für alle beinhalten.

Die historische und bis in die Gegenwart anhaltende Stigmatisierung und (Psycho-) Pathologisierung von LSBTIAQ+ hat nachhaltige psychosoziale Folgen für die Betroffenen. Dies gilt insbesondere auch für Menschen mit HIV, die nach wie vor einer erheblichen Diskriminierung und Stigmatisierung ausgesetzt sind. Daher setzt sich unsere BÜNDNISGRÜNE Bundestagsfraktion dafür ein, dass bei der gesundheitlichen Versorgung auf die tatsächlichen gesundheitlichen Bedürfnisse von queeren Menschen eingegangen und deren Selbstbestimmung geachtet wird. Ein längst überfälliger Schritt in Richtung eines inklusiven Gesundheitssystems war die Beendigung des diskriminierenden Blutspendeverbots für schwule und bisexuelle Männer sowie transgeschlechtliche Menschen.

Es braucht eine Sensibilisierung für die spezifischen Bedürfnisse von trans* und intergeschlechtlichen Menschen im Gesundheitswesen: Die Aus- und Fortbildung für Ärzt*innen*, ebenso wie für Pflegepersonen im Gesundheitswesen soll stärker auf gleichgeschlechtliche Lebensweisen, trans* und inter Personen sowie die Auswirkungen von Queerfeindlichkeit eingehen.

SPD

Eine schlechtere Gesundheitsversorgung, psychische und physische Gewalt sowie ein höheres Risiko von psychischen Krankheiten und Suizid betroffen zu sein – all das gehört zu den Erfahrungen, die Lsbtiq* Personen bis heute machen. Die Angst vor Diskriminierung kann für nicht wenige Menschen mit nicht heterosexueller Orientierung aber auch ein Grund sein, medizinische Versorgungsangebote nicht wahrzunehmen oder bei einer Behandlung die eigene sexuelle Orientierung zu verschweigen. Dabei sind es gerade Lsbtiq* Personen, die auf eine umfassende Gesundheitsversorgung und psychologische Unterstützung angewiesen sind. Denn rigide Geschlechtervorstellungen, Vorurteile gegenüber oder die Ablehnung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sowie Gewalt an Lsbtiq* Personen nehmen zu. Nicht selten leiden Lsbtiq* Personen überdurchschnittlich

häufig an psychischen Problemen, haben mit Sucht zu kämpfen oder können nicht mit Mediziner:innen ihres Vertrauens über ihre Bedürfnisse und Erfahrungen sprechen.

In Sachsen hat Gesundheitsministerin Petra Köpping das „Sächsische Aktionsprogramm zu HIV/Aids und sexuell übertragbaren Infektionen“ 2023 umfassend überarbeitet. Schwule und MSM sind wichtige Gruppen der HIV- und STI-Prävention, denn sie stellen – trotz großem Rückgang – sowohl im Hinblick auf die Zahl der Menschen, die in Deutschland mit einer HIV-Infektion leben, als auch in Bezug auf die HIV-Neuinfektionen die größte Gruppe dar. Dies gilt auch für bestimmte STI wie die Syphilis. Wir unterstützen die Sächsische Aidshilfe und die Gesundheitsämter bei der Initiierung, dem Aufbau und der Weiterentwicklung spezifischer Präventionsangebote. Auch das Transgender-Netzwerk am Universitätsklinikum Leipzig ist eine wichtige Anlaufstelle und ein großer Fortschritt für Betroffene. Wir werden einen Dialog mit der Landesärztekammer initiieren, um zu klären, wie medizinische Fachkräfte in Aus-, Fort- und Weiterbildung für spezifische Belange von Lsbtiq* Personen und Lsbtiq* Familien sensibilisiert werden können.

Die LINKE

Lsbtiq*-Personen haben besondere gesundheitliche Anliegen, die im bestehenden Gesundheitssystem stärker berücksichtigt werden müssen. In diesem Bereich bedarf es regelmäßiger Fort- und Weiterbildungen sowie einer Sensibilisierung und Antidiskriminierungsarbeit in den Gesundheitsberufen. Darüber hinaus soll in Sachsen ein Kompetenzzentrum für queere Gesundheit etabliert werden.

BSW

Versorgungslücken entstehen nicht deshalb, weil Menschen Lsbtiq* Personen sind. Versorgungslücken sind das Ergebnis eines Gesundheitssystems, welches auf Profit ausgerichtet ist. Wer Versorgungslücken und Zugangshürden senken will, muss zum Beispiel Krankenhäuser in die öffentliche Hand überführen und damit dem Zugriff privater Interessen entziehen. Die neue Krankenhausreform der Ampel wird weitere Standorte in der Fläche schließen und damit weitere spezialisierte Angebote platt machen. Wenn wir uns die Frage stellen, wie qualifizierte Angebote gesichert oder geschaffen werden können, dann müssen wir das Gesundheitssystem vom Rentabilitätsdruck befreien.

CDU

Wir stehen für bestmögliche Pflege für alle Bürgerinnen und Bürger. Alle Menschen sollen an ihrem Lebensende bestmöglich medizinisch und pflegerisch versorgt werden. Dabei stehen wir hinter den Pflegerinnen und Pfleger, die hart arbeiten – unabhängig vom jeweiligen Patienten.

FDP

Wir Freie Demokraten werden Beratungs- und Weiterbildungsangebote sicherstellen, um bei den entscheidenden Stellen für ein umfassendes Verständnis für die Bedarfe von Menschen jeder geschlechtlichen Orientierung zu sorgen. Diskriminierende Elemente in

den Verfahren werden wir abbauen und uns für eine gleichrangige Behandlung aller Menschen einsetzen. Straftaten, insbesondere Mobbing oder sogar körperliche Angriffe, wollen wir konsequent ahnden und die Gesellschaft dazu motivieren, sich den Tätern entgegenzustellen.